

## AUS DEM BÜRGERMEISTERAMT

Ewald Ospelt  
zur Volksabstimmung

VADUZ – Heute informiert der Vaduzer Bürgermeister ab 19 Uhr erneut über das Kommunikationsinstrument «Aus dem Bürgermeisteramt» – diesmal in Form eines Interviews. Der Medienschaffende Günther Meier spricht mit dem Bürgermeister über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs und über das weitere Vorgehen in Bezug auf das geplante Verwaltungs- und Geschäftshaus. Die Sendung wird einmal monatlich, jeweils am letzten Freitag des Monats, um 19 Uhr im Gemeinde-TV-Kanal ausgestrahlt. In der Folge wird der Beitrag täglich um 19 Uhr als Wiederholung gesendet, also insgesamt sieben Mal. «Aus dem Bürgermeisteramt» kann sowohl im Gemeinde-TV-Kanal gesehen wie auch unter [www.vaduz.li](http://www.vaduz.li) gesehen werden. (pd)



Setzen sich für die Umwelt ein, von links: Josef Biedermann (LGU), Rainer Kühnis (BZG), Regierungsrätin Renate Müssner und Günther Biedermann (Fischereiverein). LGU, BZG und der Fischereiverein FL überreichen ein Positionspapier, um die Gewässerschutzaktivitäten zu koordinieren.

Gesprächsgruppe für Eltern,  
die ein Kind verloren haben

SCHAAN – Wie die Leiterinnen der Gruppe (keine Therapiegruppe) aus eigener Erfahrung wissen, ist es nicht immer einfach, nach dem Tod des eigenen Kindes im Leben wieder Fuss zu fassen. Es kann helfen, wenn man von Betroffenen hört, dass sie ähnliche Gedanken, Gefühle und Erlebnisse haben. Allein das Wissen, dass auch andere mit Gefühlen wie Panik, Wut und tiefer Einsamkeit konfrontiert werden, kann heilsam sein. Das nächste Treffen findet am Montag, den 27. September, von 19.30 bis 21 Uhr im «Haus St. Laurentius» (Bahnstrasse 20, Schaan) unter dem Tagesmotto «Ernte» statt. Das Angebot ist kostenlos, ergänzend zur Gesprächsgruppe werden auch Einzelgespräche angeboten. Die Leitung obliegt Petra Chesi und Karin Thaler, Auskünfte: Hospizbewegung Liechtenstein, Tel. 233 41 38 oder 777 20 01. (pd)



## Es gibt grosse Probleme

Umweltverbände überreichen Positionspapier an Umweltministerin Renate Müssner

VADUZ – Eben dieses Positionspapier soll dazu beitragen, die noch vorhandenen negativen Einflüsse auf Wasser und Gewässer zu vermeiden und neue Probleme frühzeitig zu erkennen.

Der Fischereiverein Liechtenstein (FVL), die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) und die Botanisch-Zoologische Gesellschaft Liechtenstein-Sargans-Werdenberg (BZG) haben weitestgehend die gleichen Interessen und Ziele, wenn es um den Gewässerschutz geht.

Im Rahmen eines Treffens in Vaduz durften gestern die drei Präsidenten der Vereine ein Positionspapier der Liechtensteinischen Umweltministerin Dr. Renate Müssner überreichen. Ziel der Zusammenar-

beit der drei Organisationen ist es, mit koordinierten Aktionen und Vorschlägen zur Lösung der noch vorhandenen negativen Einflüsse auf Wasser und Gewässer beizutragen, neue Probleme frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden.

## Problem Restwassersanierung

Nach den grossen Erfolgen von Land und Gemeinden, z.B. auf dem Gebiet der Abwasser- und Abfallsanierung oder der Gewässervernetzung, stehen landesintern noch grosse Probleme an. Zum Beispiel ist bis heute noch keine Lösung zur Restwassersanierung oder der schwallartigen Ableitungen von turbiniertem Wasser im Zusammenhang mit der Wasserkraftnutzung gefunden worden. Aber auch die Revitalisierung der noch begrä-

digten Fliessgewässer sollen vorangetrieben werden.

Ein weiteres Anliegen der Vereine ist es, nach Lösungen für Probleme zu suchen, welche im Einzugsgebiet des Alpenrheins entstehen. Wie aus dem im Jahre 2005 abgeschlossenen Entwicklungskonzept der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein (IRKA) zu entnehmen ist, tangieren der zunehmende Schwall/Sunk aus der Wasserkraftnutzung und die tendenziell sinkende Flusssohle den Wasserhaushalt, insbesondere die Grundwasserneubildung, derzeit besonders. Ursache ist der gestörte Geschiebehaushalt des Alpenrheins. Äusseres Zeichen ist neben der zeitweise sehr geringen Wasserführung der Bäche die alarmierend tiefe Zahl der Fischarten.

«Angesichts dieser Tatsache ist es erschreckend, dass mit staatlichen Fördermassnahmen im Alpengebiet viele neue Wasserkraftwerke geplant werden. Diesen Boom der vermeintlich umweltfreundlichen Wasserkraft gilt es kritisch zu hinterfragen und in Frage zu stellen», schreiben die Verbände.

FVL, LGU und BZG wollen vor allem mit einer gezielten Information und Beratung der Bevölkerung und Zusammenarbeit mit Behörden und Nutzern zum Schutz des Wassers und der Gewässer beitragen. Zu den einzelnen Themen werden separate Beiträge in den Medien erscheinen. Grosses Gewicht wird auf die Zusammenarbeit mit zielverwandten Organisationen im ganzen Einzugsgebiet gelegt. (pd)

## «VOLKSBLATT»-INTERVIEW MIT PROFESSOR CHRISTOPH STÜCKELBERGER – VON JOHANNES MATTIVI

Balance von  
Markt und Staat

Über Ethik in der Finanzwirtschaft

VADUZ – Kann man für globalisierte Finanzmärkte internationale verbindliche und kontrollierbare Regeln aufstellen? Gibt es überhaupt ethische Normen in der Finanzwirtschaft? Mit diesen und weiteren Fragen beschäftigt sich der Basler Ethik-Professor Christoph Stückelberger heute Freitag, um 19.30 Uhr, im Rathaussaal Vaduz in einem Vortrag mit anschliessender Podiumsdiskussion (Gäste auf dem Podium sind Treuhandvertreter Markus H. Wanger und Bankenverbandspräsident Adolf E. Real). Vorab zur Diskussion antwortet Prof. Stückelberger dem «Volksblatt» auf Fragen zur Ethik in der Finanzwirtschaft.

**Herr Professor, beginnt die Problematik des Kapitalismus nicht eigentlich schon mit dem Zinsnehmen? Wie kann man das ursprüngliche Tauschmittel Geld gegen Zinsen verkaufen?**

**Christoph Stückelberger:** Bis zum Mittelalter galt auch das alttestamentarische Zinsverbot mit dem Gedanken, dass sich der Graben zwischen Arm und Reich nicht immer wieder

öffnen solle. Der Reformator Johannes Calvin erlaubte dann das Zinsnehmen unter starken Einschränkungen. Ihm ging es darum, ob die Geschäftspartner vergleichbar stark sind. Von Armen solle man keinen Zins nehmen, forderte Calvin, aber wenn der Kreditnehmer mit dem Kredit Gewinne erzielt, sollte er diesen in Form von Zins mit dem Kreditgeber teilen.

**Gibt es überhaupt ethische Regeln und Rahmenbedingungen fürs Zinsnehmen in der Finanzwirtschaft?**

Ja, selbstverständlich. Der Kapitalverkehr muss sich an einer Win-Win-Situation orientieren. Beide Teile sollen von einem Geschäft profitieren. Beim Zins gelten dieselben Transparenzregeln, wie sie auch heute in der Finanzwirtschaft deutlich verstärkt wurden, damit eine Vergleichbarkeit der Finanzprodukte ermöglicht wird. Es muss nachvollziehbar sein, wie ein Zins zustande kommt und es müssen Obergrenzen festgelegt werden,

**Gab es jemals brauchbare und angewandte Werte und Normen in der**

**Finanzwirtschaft, auf die man sich rückbesinnen könnte? Welche Werte und Normen müsste man heute neu bilden?**

Die Finanzwirtschaft ist eine lebenswichtige Dienstleistung für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Sie hat jedoch ihren Dienstleistungscharakter neu zu betonen, d. h. sie steht im Dienste der Realwirtschaft. Dahinter steht der Wert, dass zwischen dem Eigeninteresse der Anleger und dem Gemeinwohl ein Gleichgewicht herzustellen ist.

**Wie lassen sich Regeln in einer globalisierten Finanzwirtschaft überhaupt aufstellen, kontrollieren und durchsetzen?**

Es braucht das Zusammenspiel von Staat und Markt. Die staatlichen Rahmenbedingungen sind dabei auf internationaler, nationaler und lokaler Ebene festzulegen. Es braucht eine starke internationale Koordination, damit faire Spielregeln in offenen Märkten umgesetzt werden können. Wichtig ist, an wen Kredite vergeben werden. Die Erfolgsgeschichte der Mikrokredite zeigt, dass Kredite zu fairen Konditionen an Kleinstkreditnehmer vergeben werden können. Weiter müssen die internationale Finanzwirtschaft und die Korruptionsbekämpfung eng verknüpft werden, wie es heute auch vermehrt geschieht. Denn nur wenn das Kapital in der Realwirtschaft zu einer Produktivitätssteigerung führt,

können auch die Kredite zurückbezahlt werden.

**Sollte man wie im Alten Testament alle 7 mal 7 Jahre ein Jubeljahr mit allgemeinem Schuldenerlass ausrufen? Oder wie sähe eine neue Verteilungsgerechtigkeit aus?**

Die Idee des Schuldenerlasses im Alten Testament war das bereits erwähnte Anliegen, den Graben zwischen Arm und Reich immer wieder zu verringern. Ein Mittel dazu war der Schuldenerlass. Der ist auch heute noch bekannt und wird von den Industrieländern gegenüber den Entwicklungsländern wieder praktiziert.

«Calvin sagte, man solle von Armen keinen Zins nehmen. Wer aber Gewinn macht, solle ihn in Form von Zins teilen.»

Christoph Stückelberger,  
Direktor von Globethics.net



Allerdings ist ein Schuldenerlass an Bedingungen zu knüpfen. Die Schweiz beispielsweise praktiziert seit 1991 eine sogenannte kreative Entschuldung, wonach ein Teil der Schulden nicht ersatzlos gestrichen, sondern in einen Entwicklungsfonds einbezahlt wird, um damit Gesundheits- und Bildungsprojekte in entsprechenden Entwick-

lungsländern zu finanzieren. Dasselbe wird heute von der Schweiz und Liechtenstein auch erfolgreich bei der Rückgabe von blockierten und abgeschöpften Diktatorengeldern praktiziert.

**Wieviel Freiheit kann man den Märkten lassen und wieviel staatliche Kontrolle braucht es? Wieviel Macht und Einflussmöglichkeit haben Politiker überhaupt – lokal, regional und international?**

Die totale Freiheit des Marktes im wilden Kapitalismus wie auch die totale Kontrolle durch den Staat in der kommunistischen Planwirtschaft haben beide nicht funktioniert. Es braucht eine Balance von Markt und Staat, ethisch gesagt eine Balance der Grundwerte Freiheit und Gerechtigkeit. Der Markt erlaubt Eigeninitiative, Eigenverantwortung und Innovation, schafft aber den sozialen Ausgleich nur ungenügend. Der Staat kann umgekehrt faire Rahmenbedingungen für alle und soziale Gerechtigkeit fördern.

**Brauchen wir neue Messsysteme und Werte für die Wirtschaft?**

Aus Sicht der christlichen Ethik ist das Wichtigste, dass die Wirtschaft den Menschen dienen soll. Dazu kann aber auch der Einzelne als Kleinanleger, als Sparer, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Konsument und als fairer Steuerzahler beitragen.